

Präs.: 4. April 1973No. 1245/JA n f r a g e

der Abg. Dr. Neuner, Dr. ~~Zimmer~~mayr, Dr. König, Dr. Keimel, Hietl
und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Umsatzsteuervoranmeldungen

Bei der Behandlung der Regierungsvorlage zum Umsatzsteuergesetz 1972 hat die ÖVP die Meinung vertreten, daß die monatliche Abgabe von Voranmeldungen die Abgabepflichtigen, ihre Berater und die Finanzbeamten in einem Ausmaß belastet, das mit dem geringen Effekt dieser Voranmeldungen in keinem Einklang steht. Die ÖVP ist aber mit ihrer Forderung, von diesen Voranmeldungen Abstand zu nehmen, nicht durchgedrungen.

Im Lichte der seit dem Inkrafttreten des Umsatzsteuergesetzes 1972 gemachten Erfahrungen haben auch andere Institutionen, so auch der sozialistische freie Wirtschaftsverband, diese Forderung erhoben.

Zuletzt hat der zweifellos in dieser Frage sachverständige Kammertag der Wirtschaftstrehänder am 31.3.1973 einstimmig, sonach mit den Stimmen der sozialistischen Kammertagsmitglieder, den Beschluß gefaßt:

"Der Kammertag ersucht das Präsidium der Kammer der Wirtschaftstrehänder und allenfalls den Vorstand der Kammer der Wirtschaftstrehänder, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um eine eheste Außerkraftsetzung der Verpflichtung zur Abgabe der Umsatzsteuervoranmeldungen zu erreichen."

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e:

- 1.) Sind Sie bereit, dem Nationalrat ehebaldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die Verpflichtung zur Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen außer Kraft gesetzt wird?
- 2.) Wenn ja, bis wann?
- 3.) Wenn nein, warum nicht?